



Presseinformation

Wiesbaden, 12. April 2019

14. Integrationsministerkonferenz in Berlin

Wiesbaden/Berlin. Am 11. und 12. April 2019 fand in Berlin zum 14. Mal die Konferenz der in den Bundesländern für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister sowie Senatorinnen und Senatoren statt. Die Konferenz hat sich ausführlich mit den Herausforderungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts auseinandergesetzt. Im Mittelpunkt der Beratungen standen rund 35 Anträge, die sich unter anderem mit den Themen "Integration in Ausbildung und Arbeitsmarkt", "Migrationsberatung und Sprachförderung" sowie "Bekämpfung von Diskriminierung" befassen.

Die Integrationsministerkonferenz hat auch wieder die erheblichen Mängel bei der Organisation und Durchführung der Deutschkursangebote des Bundes kritisiert. Viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer brechen den Kurs ab, oder scheitern bei der Sprachprüfung. Die verschiedenen Angebote an Erstorientierungs- und Integrationskursen sowie die berufsbezogene Sprachförderung des Bundes sollten vereinheitlicht und besser aufeinander abgestimmt und verzahnt werden. In diesem Zusammenhang fordert der Hessische Integrationsminister Kai Klose: "Der Bund muss dringend die Qualität seiner Integrationskurse überprüfen und notwendige Veränderungen einleiten, damit die Chancen der Teilnehmenden auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt verbessert werden können". Kritisiert wird von Klose auch die zu geringe Kursdifferenzierung, d. h. die Integrationskursangebote sind nicht ausreichend an die Voraussetzungen und Fähigkeiten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer angepasst. Darüber hinaus ist die Erfolgsquote der Integrationskurse sehr bescheiden.

Auf Integrationsministerkonferenz 5. der wurde auch der Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder vorgestellt. Das Monitoring ist die umfassendste Auswertung Stand der Integration in den Bundesländern. zum (www.integrationsmonitoring-laender.de).

Aktuell haben nahezu 19 Millionen Menschen in Deutschland einen Migrationshintergrund, knapp die Hälfte von ihnen besitzt die deutsche Staatsbürgerschaft. Von den 9,4 Millionen in Deutschland lebenden Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit bilden Eingewanderte aus den 27 anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union die größte Gruppe (52%). Des Weiteren leben aktuell knapp 1,5 Millionen Menschen mit türkischer Staatsangehörigkeit in Deutschland. 1,7 Millionen Menschen (17,5%) stammen aus Kriegs- und Krisenländern wie Syrien, Afghanistan oder Eritrea und 750.000 Personen (8%) kamen aus Ländern des Balkans.

Sie finden unser Ministerium auf folgenden Kanälen:

